

Beilage vom

Trägerkreis „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen“

für den

vorwärts



Die Chance nutzen - Abrüstung jetzt!

von Andrea Nahles und Martin Schulz

Vor wenigen Wochen haben die alten Gegner des Kalten Krieges, USA und Russland, das neue Start-Abkommen unterzeichnet. Nach rund einem Jahrzehnt des atomaren Wildwuchses steht die atomare Abrüstung endlich wieder ganz oben auf der politischen Tagesordnung.

Was geht das uns an?

Seit Jahrzehnten verweigern sich die Atomwaffenstaaten, ihren Abrüstungsverpflichtungen nach Art. VI des Atomwaffensperrvertrages (NPT) nachzukommen. Bereits beim Inkrafttreten des NPT 1970 haben seine Vertragsstaaten vereinbart, dass die Nicht-Atomwaffenstaaten auf Atomwaffen verzichten und die Atomwaffenstaaten im Gegenzug ihre Arsenale abrüsten. 1995 erneuerten die 5 Atomwaffenstaaten auf der damaligen Überprüfungskonferenz ihre Verpflichtung zur vollständigen atomaren Abrüstung – als Preis für die unbefristete Verlängerung des Vertrages. 188 Staaten haben inzwischen den NPT ratifiziert, einige Staaten gaben ihre Atomwaffen auf.

In den USA, Europa und anderen Ländern riefen erfahrene ehemalige Staatsmänner zur Abschaffung der Atomwaffen auf, und die Friedensbewegung erhielt wieder neuen Zulauf.

Wir sind froh, dass sich die beiden atomaren Supermächte endlich auf das START-Nachfolgeabkommen zum Abbau ihrer strategischen Atomwaffen um mehr als 30 Prozent geeinigt haben. Ein erster wichtiger Zwischenschritt bei der atomaren Abrüstung!

Weitere Schritte müssen nun folgen:

Erstens müssen die Atomwaffenstaaten klar auf den Ersteintritt ihrer Atomwaffen verzichten, zweitens verbindliche Sicherheitsgarantien für die Atomwaffenfreien geben, drittens das Atomtestverbot ratifizieren und viertens die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) stärken. Fünftens dürfen Atomwaffen in der neuen Nato-Strategie keine Rolle mehr spielen. Und nicht zuletzt müssen sämtliche Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Diese Überreste des Kalten Krieges haben in Europa nichts mehr zu suchen!

Es ist an den Atomwaffenstaaten, nun diese Schritte zu gehen. Bei der NPT-Überprüfungskonferenz im Mai 2010 müssen sie beweisen, dass sie Worten Taten folgen lassen. Deutschland kann und muss in der Abrüstungsdebatte eine wichtige Rolle spielen. Dafür muss die Bundesregierung

aber diese Rolle annehmen und endlich Konzepte und konkrete Forderungen vorlegen. Wir erwarten von der Bundesregierung die klare Ablehnung von Plänen für strategische Raketenabwehrsysteme, da sie das Wettrüsten anheizen und weitere Abrüstungsvereinbarungen sabotieren. Der nukleare Sicherheitstreffen in Washington hat gezeigt, dass auch der Export von ziviler Atomenergie das wachsende Risiko des militärischen Missbrauchs birgt.

Die Weltgemeinschaft stimmt sich zu Recht gegen eine weitere atomare Aus- und Aufrüstung im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien. Atomreaktoren und erst Recht Atomwaffen in Krisenregionen oder in Händen von instabilen Staaten führen zu unkalkulierbaren globalen Risiken. Auch hier können wir mehr tun und dürfen nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen. Wir fordern nicht nur Ausstieg aus der Atomenergie, sondern auch Ausstieg aus den Atomexporten, die nur die atomaren Risiken verbreiten.

Schon 1959 hat die SPD in ihrem Godesberger Programm eine atomwaffenfreie Zone in Europa gefordert. Diese werden wir mit dem Abzug der letzten taktischen Atomwaffen erreichen. Heute gibt es erstmals die Chance, die Vision Präsident Obamas von einer atomwaffenfreien Welt umzusetzen: Abrüstung und internationale Zusammenarbeit statt neuem Wettrüsten mit Raketenabwehr und konventionellen Erstschlagswaffen. Am 3. Mai 2010 werden Vertreter der amerikanischen und internationalen Friedensbewegung dem UN-Generalsekretär in New York zigtausende von Unterschriften für atomare Abrüstung überreichen – als Mahnung an die versammelten Staaten bei der NPT-Überprüfungskonferenz.

Da sind auch Merkel und Westerwelle gefordert!

Machen wir ihnen Dampf – auch durch weitere Unterschriften unter den Aufruf „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!“.

Andrea Nahles ist Generalsekretärin der SPD; Martin Schulz ist SPE-Vorsitzender im Europäischen Parlament und Präsidiumsmitglied der SPD. Beide haben den Appell „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen“ unterzeichnet.





Appell: „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!“

Mutige Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt sind jetzt möglich und notwendig. Mit dem Bekenntnis des amerikanischen Präsidenten Obama in Prag zu einer Welt ohne Atomwaffen gibt es heute die einmalige Chance, die Atomwaffenstaaten auf konkrete Schritte zur atomaren Abrüstung zu verpflichten. Im fünfundsiebzehnten Jahr nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki entspricht Obamas Abrüstungsappell den Friedenswünschen der Menschen.

Die deutsche Bundesregierung bekennt sich im Koalitionsvertrag zur atomaren Abrüstung. Sie muss jetzt Taten folgen lassen für ein atomwaffenfreies Deutschland, für eine atomwaffenfreie Welt. Auf der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages* im Mai 2010 in New York müssen Maßnahmen zur atomaren Abrüstung festgelegt werden. Die bereits von der NPT - Konferenz im Jahr 2000 vor der Bush-Ära beschlossenen praktischen Schritte zur nuklearen Abrüstung, auch der Vertrag über ein umfassendes Atomtestverbot, müssen endlich verwirklicht werden. Sonst verliert der NPT - Vertrag seinen Sinn. Wenn die NPT - Konferenz scheitert, wäre der Weg offen für ein ungehemmtes atomares Wettrüsten mit immer mehr Atomwaffenstaaten. Die einzige Alternative heißt: eine Welt ohne Atomwaffen.

Die Bundesregierung kann und muss zum Erfolg der NPT - Überprüfungskonferenz erheblich beitragen.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Abzug der letzten US - Atomwaffen aus Deutschland,
- Stopp aller Modernisierungspläne für Atomwaffen und ihre Trägermittel,
- Nein zu Atomwaffen in der neuen NATO-Strategie,
- Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen,
- Sicherheitsgarantien der Atomwaffenmächte gegenüber allen Nicht - Atomwaffenstaaten und atomwaffenfreien Zonen.

Wir erwarten von der Bundesregierung und den Regierungen der NATO - Länder, sich mit Nachdruck für den frühestmöglichen Beginn von Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention zur Abschaffung der Atomwaffen einzusetzen, wie dies in der UN-Generalversammlung vorgeschlagen wurde. Den Worten müssen Taten folgen, die Zeit ist reif für mutige Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt!

Ich unterstütze den Aufruf:

Name, Vorname	Straße, Plz, Ort		
ggf. Organisation	Email	Unterschrift	<input type="checkbox"/> gerne weitere Infos



Unterstützung aus der SPD für den Appell

Um den drängenden Abrüstungsforderungen gegenüber der Politik Nachdruck zu verleihen, haben führende Vertreter der Gewerkschaften, Kirchen, Friedensforschung und Wissenschaft, Kommunen, Kunst und Kultur die Unterschriftenkampagne „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!“ Anfang 2010 ins Leben gerufen. In vielen Ländern laufen ähnliche Kampagnen.

Tausende von Mitbürgerinnen und Mitbürgern haben inzwischen den Appell unterschrieben, unter ihnen auch zahlreiche Politikerinnen und Politiker aus den im Bundestag vertretenen Parteien.

Aus der SPD unterschrieben u.a. Björn Böhning, Gerd Bollmann, Willi Brahse, Edelgard Bulmahn, Ulla Burchard, Petra Crone, Sigmar Gabriel, Martin Gerster, Gernot Erler, Michael Groschek, Michael Groß, Hans-Joachim Hacker, Bettina Hagedorn, Michael Hartmann, Barbara Hendriks, Hannelore Kraft, Kirsten Lühmann, Katja Mast, Hilde Matheis, Rolf Mützenich, Andrea Nahles, Jens Petermann, Mechthild Rawert, Gerold Reichenbach, René Röspel, Ernst-Dieter Rossmann, Manuela Schwesig, Martin Schulz, Swen Schulz, Angelika Schwall-Düren, Frank-Walter Steinmeier, Christoph Strässer, Ute Vogt, Gert Weisskirchen, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Uta Zapf, Dagmar Ziegler und Brigitte Zypries und viele andere. Die Unterzeichnung des START-Vertrages durch die Präsidenten Obama und Medvedev ist zwar erfolgt, aber massive Widerstände aus Militär und Rüstungsindustrie gegen weitere Abrüstung müssen noch überwunden werden.

„Deshalb: Unterschreibe den Appell „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!“ und sammle weitere Unterschriften - als ein Signal aus der deutschen und internationalen Zivilgesellschaft gegen den atomaren Wahnsinn!“

Unsere realistische Vision: eine Welt – frei von Atomwaffen

Eine Einlage im vorwärts ist für Koalitionen aus der Friedensbewegung etwas nicht Alltägliches, was es aber (wieder) werden sollte. Eine Zusammenarbeit der Friedensbewegung mit der Sozialdemokratie ist durch gemeinsame Ziele wie Entspannungspolitik, Abrüstung oder zivile Friedenssicherung grundgelegt. Vielfältige Kontroversen u. a. um den sogenannten NATO- Doppelbeschluss aber auch um den Krieg in Afghanistan haben allerdings eine Zusammenarbeit oft erschwert.

Die Atomwaffen sind und bleiben eine gemeinsame Herausforderung und ein Welt frei von diesen Massenvernichtungswaffen eine Vision, die wir nur gemeinsam erreichen werden. Die Notwendigkeit über alle Grenzen gegen die Atomwaffengefahr zu kämpfen betonte 1954 schon Albert Einstein: wir sind zur „Zusammenarbeit verdammt“ und das global.

Die Gefahr ist real

Deutlich und bedrohlich liegt für die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag die Alternative auf dem Tisch der politisch Verantwortlichen der Welt. In der Sprache des berühmten Russell-Einstein-Manifestes von 1955 heißt es: Entweder wir schaffen die Atomwaffen ab oder diese vernichten den Planeten und die Humanität. In der realen Politik im Jahr 2010 ist die Lage nicht weniger dramatisch: 44 Staaten dieser Erde sind prinzipiell atomwaffenfähig. Immer mehr Staaten, insbesondere die aufsteigenden Schwellenländer aber auch konflikt-beladene Mittelmächte in Krisenregionen, sind nicht mehr bereit, eine Spaltung der Welt in „offiziell Habende“ (die fünf offiziellen) und Habenichtse hinzunehmen. Der einzige Ausweg aus diesem zerstörerischen Dilemma ist die Abschaffung der Atombombe, die wieder alle Staaten gleich stellt und die Erde von der größten anzunehmenden Bedrohung befreit.

Die Hoffnung Obama

US-Präsident Obama schien mit seinen Reden in Prag und Kairo den Weg zu weisen. Auch konservative PolitikerInnen aus vielen Ländern scheinen in der Abschaffung der Atomwaffen einen Ausweg aus der Gefahr der ungehemmten Weiterverbreitung zu sehen. Die Ankündigung von Außenminister Westerwelle und vier seiner NATO-Außenministerpartner, die landgestützten taktischen Atomwaffen der NATO in Europa zur Disposition zu stellen, weisen in die gleiche Richtung. Nur: Chancen und Ankündigungen sind die eine, die Realität der atomaren Aufrüstung und der militärischen Dominanz die andere Seite der Atomwaffen-Wahrheit. Es ist schon fast profan darauf hinzuweisen, dass die Atomwaffen ihre Atomwaffen modernisieren und die Erstschlagsoption sowohl

in der NATO-Strategie als auch in Russlands Atomwaffenstrategie fest eingeplant sind. Modernisierung auf US-amerikanisch heißt: zwei Milliarden sind im Haushalt 2010 der USA für die Modernisierung der atomaren Infrastruktur vorgesehen, über 35 Millionen für eine neue Studie zur Entwicklung neuer atomarer Sprengköpfe. Die „nuclear posture review“ der USA ist leider weniger ein Dokument der nuklearen Abrüstung als eher der Modernisierung, der Gewinnung einer konventionellen Erstschlagsfähigkeit und des Aufbaus von Raketenabwehrsystemen.

Neue Tricks mit der Raketenabwehr

Es geht aber noch um weit mehr: die US-Regierung hat die Zukunft der Atomwaffen in einen neuen Zusammenhang gestellt und zielt auf ein neues Abschreckungskonzept der NATO. Dieses beinhaltet das Festhalten am Abschreckungspotential durch die strategischen und substrategischen Atomwaffen auf den US- und britischen U-Booten bei gleichzeitiger Intensivierung der Raketenabwehrvorhaben der USA, auch und gerade in Europa. Die nukleare Komponente ist nur ein Bestandteil der gesamten Abschreckungsfähigkeit, die den USA militärische Überlegenheit und militärische wie politische Durchsetzungsfähigkeit für die kommende Jahrzehnte sichern soll. Raketenabwehr und konventionelle Aufrüstung, wie sie in den Konzepten zu raschen konventionellen und konventionell-nuklearen strategischen Angriffen schon in der Bush Ära entwickelt worden sind, sind die Grundlagen dieses Konzeptes. Seine Namen sind Global Strike und Prompt Global Strike.

Neues Start Abkommen rüstet nicht real ab

So sehr auch das neue START-Abkommen als potentieller Einstieg in umfassende atomare Abrüstung zu begrüßen ist, muss doch darauf hingewiesen werden, dass auch dieses Abkommen eher ein Rüstungsbegrenzungsabkommen denn ein reales Abrüstungsabkommen ist. Die vereinbarten Obergrenzen sind fast identisch mit der Zahl der real noch im Einsatz befindlichen Atom Sprengköpfe. Moskau darf sogar bei neue Trägersysteme anschaffen. Abrüstung sieht anders aus. Hier handelt es sich um klassische Umrüstung. Die Abschreckung, die uns die letzten Jahrzehnte einen „Frieden“ am seidenen Glücksfaden ermöglicht hat, bleibt die Grundlage eines Unsicherheitssystems, das Krieg als Mittel der Politik nicht ausschließt.

Einmütige nicht einstimmige Unterstützung aus dem Bundestag

Von einer beeindruckenden Koalition aus CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen wurde im März 2010 erstmals in der Geschichte des Parlaments in dieser Breite eine Welt ohne Atomwaffen beschlossen (also eigentlich einstimmig, da dieses Anliegen auch von der Fraktion Die Linke unterstützt wird). Bemerkenswert, diese politische Entwicklung!

Der Durchbruch ist mit diesem Beschluss aber noch lange nicht geschafft:

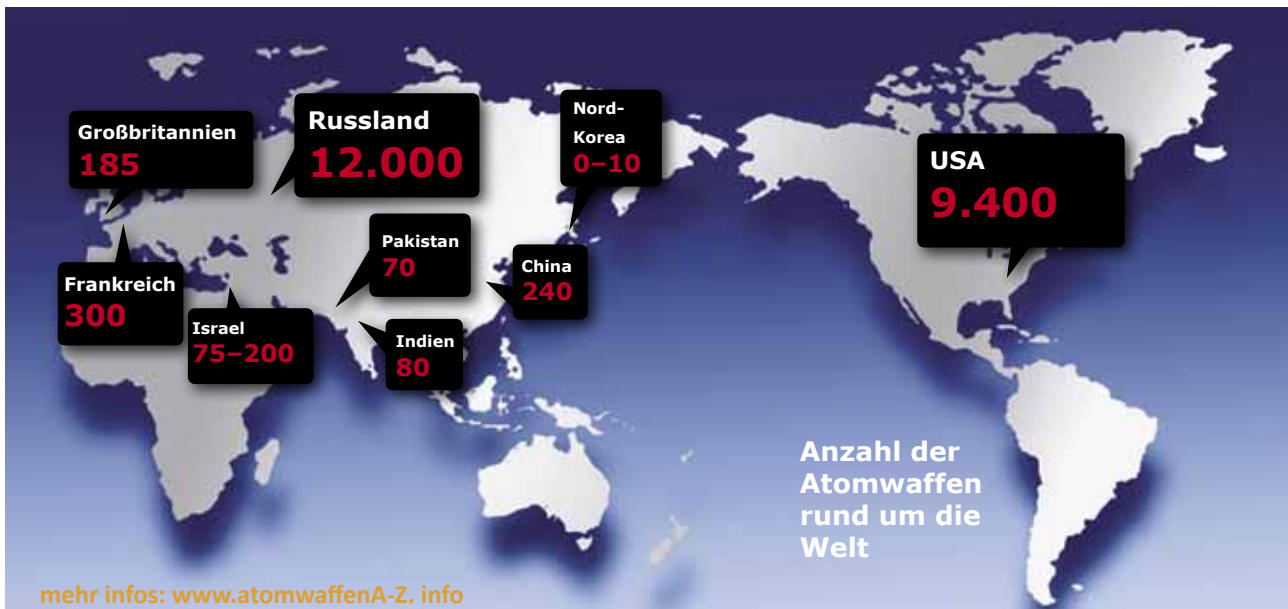
- Bedeutet die Koppelung des Abzugs der Atomwaffen von deutschem Boden an die NATO Strategieveränderung nicht ihn auf die lange Bank zu schieben? Wir fordern diesen Abzug sofort!
- Wem gilt das Votum für Sanktionen bei der Verletzung der Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag? Den Atomstaaten, die nur auf dem Papier abrüsten, den nuklear Teilhabenden oder doch nur dem Iran? Wer hier ein neues Feindbild stützt, setzt friedliche Lösung aufs Spiel.
- Die Formulierung zur Raketenabwehr im gemeinsamen Antrag erlaubt dieses sündhafte teure Aufrüstungsprogramm unter dem Deckmantel kooperativer Raketenabwehr zu entwickeln oder zu mindestens zu legitimieren. Wir wollen aber gar keine!
- Uns fehlt in dem Antrag auch das aktive Eintreten für eine Nuklearwaffenkonvention und der Ausstieg aus der Kernenergienutzung, die immer wieder die Voraussetzung zur Bombe schafft.

Fazit: viel Gutes in einer bemerkenswerten Resolution des deutschen Parlaments aber auch eine bleibende Herausforderung an die Friedensbewegung dranzubleiben. Auch heute gilt: Frieden gibt es nicht von oben, Frieden muss erstritten werden durch vielfältiges, selbstständiges und selbstbewusstes Handeln von unten.

Der Start dafür ist gemacht. Für den Appell „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen“ haben wir mit an neuen Koalitionen geschmiedet. Diese Unterschriftensammlung ist der breitest getragene Friedensaufruf in Deutschland seit mehr als 20 Jahren. Prominente VertreterInnen aus Politik und Gewerkschaften, Kirchen, Umweltverbänden und Parteien sowie BürgermeisterInnen, Friedens- und andere soziale Bewegungen kooperieren hier für das gemeinsame Ziel.

Christine Hoffmann ist
Generalsekretärin der deutschen
Sektion von pax christi;
Reiner Braun ist Geschäftsführer der
deutschen Sektion von IALANA





Der Bedrohung des nuklearen Winters ein Ende

ein Kommentar von Paul Crutzen

Zu Beginn der Achziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts konnten wir zeigen, welche verheerenden Auswirkungen ein Atomkrieg über die direkten Zerstörungen der Explosion hinaus haben würde. Käme es zu einem Einsatz von Atomwaffen, müssten wir zusätzlich mit schweren Konsequenzen für die Erdatmosphäre rechnen. Von den großen Mengen feinsten Materie, freigesetzt aus den Bränden der Städte, der Industrie und besonders der Wäldern, erwarten wir die Absorption von Sonnenstrahlung von erheblichen Ausmaßen.

Die daraus resultierende Dunkelheit würde schätzungsweise mehrere Wochen andauern und, sollte sie auf die landwirtschaftliche Wachstumsphase fallen, einen Großteil der Ernte in nördlichen Hemisphäre vernichten. Seit rund 30 Jahren sprechen wir für dieses Szenario von dem Begriff des nuklearen Winters. In diesen 30 Jahren ist es uns nicht gelungen, dem Bau von Atomwaffen ein Ende zu setzen. Mutige Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt werden nötig sein, um dieses lebensvernichtende Schicksal abzuwenden.

Prof. em. Dr. Paul J. Crutzen prägte 1982 den Begriff des „Nuklearen Winters“. 1995 bekam er den Nobelpreis für Chemie. Prof. Crutzen war 2 Jahre Leiter des Max-Planck-Instituts für Chemie und unterrichtete an der Gutenberg Universität Mainz.

Die Verantwortung der Wissenschaft in der Atomwaffendebatte

ein Kommentar von Harold Kroto

Ohne Wissenschaft und Technik existierten keine Atomwaffen. WissenschaftlerInnen und IngenieurInnen haben daher eine besondere Verantwortung, zu ihrer Abschaffung beizutragen. Atomwaffen sind imstande, ganze Städte, Länder und Zivilisationen zu vernichten.

Die gewaltige Zerstörungskraft von Kernwaffen zeigte sich in Hiroshima und Nagasaki sowie in über 2.000 über- und unterirdischen Atomtests in den Lebensräumen indigener Völ-

ker. Nach Hiroshima und Nagasaki wurde die Menschheit eher durch Glück als durch Umsicht und Verantwortung von einem Atomkrieg verschont. Glückliche Zufälle sind jedoch keine ewig gültige Sicherheitsgarantie – besonders dann nicht, wenn wie vorhersehbar die Proliferation atomarer Waffen weiter voranschreitet. Die Ära der Atomwaffen muss beendet werden. Eine atomwaffenfreie Welt ist ein mögliches, realistisches, notwendiges und dringliches Ziel.

Prof. Dr. Sir Harold Kroto ist Unterzeichner des Appells der INES für eine Welt ohne Atomwaffen. Er bekam 1996 den Nobelpreis für Chemie. Prof. Kroto unterrichtet seit 2004 an der Florida State University.

Über die Aufgabe der NPT-Überprüfungskonferenz im Mai 2010

ein Kommentar von Rolf Mützenich

Der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) (engl.: Non-Proliferation Treaty/NPT) bleibt auch im 21. Jahrhundert das Fundament der nuklearen Nichtverbreitung und wichtigste Berufungsgrundlage für weitere Abrüstungsschritte mit dem Ziel der endgültigen Abschaffung der Kernwaffen. Gelingt der NVV-Überprüfungskonferenz 2010 die Einigung auf ein substantielles Abschlussdokument, wäre dies ein Signal, dass der kooperativen Rüstungskontrolle bei der Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen weiterhin eine wesentliche Bedeutung zukommt. Ein Erfolg in New York ist von elementarer Bedeutung für das Überleben des nuklearen Nichtverbreitungsregimes.

Rolf Mützenich ist außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Er ist seit 2002 Mitglied im deutschen Bundestag und war von 2004 bis 2009 abrüstungspolitischer Sprecher. Seit 2009 ist er Vorsitzender des Abrüstungskomitees der Sozialistischen Internationale.

Impressum

V.i.S.d.P. Reiner Braun
 Redaktion: Zoe Heuschkel, Wolfgang Biermann, Lucas Wirl
 Bilder: ican, IPPNW, wikicommons
 IALANA, Schützenstraße 6a, 10117 Berlin